

Wahlprüfsteine
zur Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses am 18. September 2016

von

Landesarbeitsgemeinschaft Medienarbeit e.V. Berlin

und der

Landesgruppe Berlin-Brandenburg der
Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur e.V.

www.medienbildung-jetzt.de

Medienbildung **JETZT** 
für digital-mündige
Berlinerinnen und Berliner

Vorwort

Medienbildung ist mehr als nur eine vierte Kulturkompetenz neben Lesen, Rechnen und Schreiben. Sie wird nicht nur einmal erlernt und dann beherrscht, sie setzt vielmehr lebenslanges Lernen voraus. Medienbildung umfasst sehr viel mehr, als nur die technische Bedienbarkeit und Nutzungskompetenz von Medien, vielmehr gehört dazu das Wissen um die gesellschaftliche Bedeutung und Funktionen von Medien und der kritische Blick auf Medienprodukte, Medienproduzenten und Medienindustrie. Von umso größerer Bedeutung ist es, Medienbildung als dauerhafte Querschnittsaufgabe in die gesamte Bildungskette - von der frühkindlichen Medienerziehung über die Schule und außerschulische Angebote bis hin zur Aus-, Fort- und Weiterbildung - zu integrieren.

Berlin hat sich zum Ziel gesetzt, mit einer „10-Punkte-Agenda zur Digitalen Hauptstadt“ zu werden und den durch die Digitalisierung bedingten Wandel des Lebensalltags, wie der der Arbeits- und Produktionsprozesse voranzutreiben. Dabei spielt der Bildungsbereich eine wichtige Rolle. Zur Digitalen Hauptstadt gehören medienkompetente Bürger*innen und Bürger.

Mit unseren bildungspolitischen Forderungen und Wahlprüfsteinen zur Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses im September 2016 suchen wir den Dialog mit der Politik. Wir, das sind die Landesarbeitsgemeinschaft Medienarbeit e.V. Berlin und die Landesgruppe der Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK) Berlin-Brandenburg.

Am Mittwoch, 29. Juni 2016 laden wir um 16.00 Uhr in die Berliner Landeszentrale für politische Bildung zu unserem fachpolitischen Dialog „Medienbildung jetzt! Wohin steuert Berlin?“ ein.

Matthias Specht

Sprecher der Landesgruppe Berlin-Brandenburg der Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur e.V.

Michael Lange

Vorstand Landesarbeitsgemeinschaft Medienarbeit e.V. Berlin

Kontakt

Matthias Specht, Tel. 0331-620 75 50

Michael Lange, Tel. 0173-614 58 18

E-Mail: info@medienbildung-jetzt.de

Web: www.medienbildung-jetzt.de

Grundbildung Medien für alle pädagogischen Fachkräfte verbindlich machen

Berliner Hoch- und Fachschulen, die pädagogische Fachkräfte ausbilden, stehen vor der Herausforderung und in der Verantwortung, Medienbildung curricular in den Studienplänen zu berücksichtigen.

Wir fordern

deshalb das Landesparlament als Gesetzgebungsorgan auf, zeitnah eine Novelle des Gesetzes „über die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrer*innen und Lehrer im Land Berlin“ zu verabschieden, die Medienbildung als weiteren Kompetenzbereich aufnimmt und zum prüfungsrelevanten Bestandteil der Lehrer*innen- und Lehrerprüfungen macht.

Wir fordern darüber hinaus, nachhaltige Strukturen für die Aus-, Fort- und Weiterbildung aller pädagogischen Fachkräfte in Berlin zu fördern und langfristig zu sichern.

Wir fragen

1. Welche Vorschläge hat Ihre Partei, um eine verbindliche und breitenwirksame medienpädagogische Aus-, Fort- und Weiterbildung für Lehrer*innen und Lehrer sowie weitere pädagogische Fachkräfte sicherzustellen?

*Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist es ein wichtiges Anliegen, dass die Digitalisierung des Unterrichts durch kompetente pädagogische Fachkräfte begleitet wird. Lehrer*innen und die weiteren in Schulen tätigen Fachkräfte müssen im Umgang mit Medien ausgebildet sein („learning to use“) und eine Kompetenz zur Auswahl relevanter und passgenauer Medien besitzen („using to learn“). Dabei ist es wichtig, nicht nur die „digital natives“, sondern auch ältere und weniger medienaffine Lehrkräfte mitzunehmen.*

Deshalb fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

- die Verankerung von Medienbildung mit Schwerpunkt digitale Medien in der Aus- und Fortbildung von allen pädagogischen Kräften, über die reine Technikvermittlung hinaus hin zu grundsätzlichen und fachbezogenen didaktischen Fragen der digitalen Vermittlung von Inhalten und der Veränderung des Lehrens und Lernens durch die Nutzung des Internets;*
- verpflichtende medienpädagogische Inhalte im Rahmen der Lehramtsstudiengänge, die sowohl die fachübergreifende als auch die fachspezifische Vermittlung von Wissen mit digitalen Medien beinhalten;*
- die Qualifizierung der bisherigen Angebote der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft in Zusammenarbeit mit den Volkshochschulen im Rahmen des eEducation Berlin Masterplan , um das ganze Spektrum an Chancen, aber auch Risiken des Einsatzes von digitalen Medien zu erfassen, damit Lehrkräfte einen souveränen Umgang mit Technik, Lehr- und Lernmethoden, Datenschutz und Fragen der IT-Sicherheit pflegen können;*
- die Weiterbildung so zu organisieren, dass idealerweise ganze Kollegien fortgebildet werden, so dass Schulen als Ganzes digitalisiert werden und Lehrer*innen sich bei Unsicherheiten beim Einsatz digitaler Medien gegenseitig unterstützen können;*
- die Chancen der Digitalisierung allen Lehrkräften zu vermitteln, insbesondere auch der persönliche Nutzen, den sie aus der digitalisierten Schule ziehen können (wie z. B. die Vereinfachung der Unterrichtsorganisation und -vorbereitung).*

Erziehende bei frühkindlicher Medienbildung unterstützen

Medien sind auch aus dem Alltag von Kitakindern nicht mehr wegzudenken - vor allem die mobilen Medien Tablet und Smartphone locken mit einer Fülle an Apps und digitalen Angeboten auch die Kleinsten. Der Umgang mit digitalen Medien prägt die kindliche Entwicklung. Deshalb ist es wichtig, dass Kinder bereits in der Kita unterstützt werden, ihre Medienerlebnisse zu verarbeiten und an einen altersgerechten Medienumgang herangeführt werden. Hierzu brauchen wir Kitaerzieher*innen und -erzieher und auch Eltern, die in der Lage sind, medienbezogene Kompetenzen bei Kindern zu fördern. Im Berliner Bildungsprogramm der Kitas ist bereits im Bildungsbereich „Kommunikation: Sprachen, Schriftkultur und Medien“ festgeschrieben, dass es für pädagogische Fachkräfte wichtig ist, sich im Team zu verständigen, wie die Ausbildung von Medienkompetenz in die pädagogische Arbeit integriert wird (siehe BBP, S.101ff). Die Pädagog*innen und Pädagogen werden der Aufgabe, die Förderung in die pädagogische Arbeit zu integrieren, nur gerecht, wenn Sie in der Lage sind, die Faszination der Kinder in der Medienaneignung zu verstehen. Das ist eine Grundvoraussetzung, die Potenziale des kreativen Umgangs mit Medien in die pädagogische Arbeit zu

integrieren. Hierzu benötigen Pädagog*innen und Pädagogen medienpädagogisches Grundwissen und Informations- und Unterstützungsangebote.

Wir fordern

die strukturelle Verankerung der medienpädagogischen Angebote in den Kindertagesstätten, um die Förderung von Medienkompetenzvermittlung in Kindertagesstätten und Schulhorten voranzutreiben.

Wir fordern die bestehende medienpädagogische Aus- und Weiterbildung für pädagogische Fachkräfte in der Kindertagesbetreuung verbindlich zu setzen und die Medienkompetenz in Verknüpfung mit bestehenden Aufgaben (Umsetzung der Bildungspläne, Dokumentation usw.) zu fördern.

Um Multiplikationseffekte in der medienpädagogischen Elternarbeit zu erzielen benötigt es flächendeckende Unterstützungen für Eltern bei der Medienerziehung.

Wir fragen

2. Welche Maßnahmen sind aus Sicht Ihrer Partei sinnvoll, um die Medienkompetenz von Vorschulkindern altersangemessen zu fördern?

Digitale Bildung ist heutzutage eine der wichtigsten in Bildungsinstitutionen erworbenen Kompetenzen. Auch wenn bei Vorschulkindern sicherlich noch andere Bereiche im Vordergrund stehen, so ist der Einsatz von digitalen Endgeräten in Kitas unter pädagogischer Begleitung sinnvoll. Auch können spielerisch erste Programmierkenntnisse erworben werden.

Auch bei Kitas gelten ähnliche Grundsätze wie bei Schulen, insbesondere was die Fortbildung von Personal angeht. Allerdings ist das Angebot von geeigneter Software für Kitakinder noch sehr viel geringer als im Bereich Schule. Hier gilt es nachzubessern und entsprechende Software-Angebote zu machen, am besten auf einem für Kitas eingerichteten Teil einer Berliner Lernplattform.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern:

- die Schaffung einer funktionstüchtigen, sicheren digitalen Lernplattform mit qualitativ hochwertigen, offenen und frei verwendbaren Inhalten (Open Educational Resources) unter Einbeziehung moderner pädagogischer und fachdidaktischer Konzepte, die barrierefrei zugänglich und leicht bedienbar sein soll und auch Angebote für frühkindliche Bildung umfasst;

- die Verankerung von Medienbildung mit Schwerpunkt digitale Medien in der Aus- und Fortbildung von allen pädagogischen Kräften, über die reine Technikvermittlung hinaus hin zu grundsätzlichen und fachbezogenen didaktischen Fragen der digitalen Vermittlung von Inhalten und der Veränderung des Lehrens und Lernens durch die Nutzung des Internets;

*- verpflichtende medienpädagogische Inhalte im Rahmen der Erzieher*innenausbildung, die sowohl die fachübergreifende als auch die fachspezifische Vermittlung von Wissen mit digitalen Medien beinhalten; dies gilt auch für die Curricula der Hochschulen.*

3. Inwiefern reicht es Ihrer Meinung nach aus, dass die Förderung der Medienkompetenz im Berliner Bildungsprogramm für Kitas im Bildungsbereich „Kommunikation: Sprachen, Schriftkultur und Medien“ verankert ist und als Querschnittsbereich alle anderen Bildungsbereiche flankiert? Welche weiteren Maßnahmen strebt Ihre Partei an?

Die Vorschläge im Berliner Bildungsprogramm für Kitas sind gerade in Bezug auf Medienbildung sehr allgemein gehalten und wenig konkret. Insbesondere fehlen Anregungen, welche technische Infrastruktur in Kitas eingesetzt werden sollte und mit welcher Software diese Infrastruktur bespielt werden kann. Ebenfalls fehlen Vorschläge, welche Ziele mit dem Einsatz digitaler Medien in der frühkindlichen Bildung erreicht werden sollen, wie z.B. das Erreichen eines grundlegenden Verständnisses für Programmierung.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern:

- die Konkretisierung des Bildungsprogramms für Kitas in Hinsicht auf Medienbildung mit Empfehlungen, welche Hard- und Software bei der frühkindlichen Bildung eingesetzt werden soll.

4. Wie wollen Sie den Ausbau der medienpädagogischen Elternarbeit und entsprechender Netzwerke stärken, damit Eltern für aktuelle Aufgaben der Medienerziehung und der Förderung frühkindlicher Medienkompetenz sensibilisiert

werden?

Zahlreiche medienpädagogischen Einrichtungen und Initiativen wie die Medienkompetenzzentren, bits 21, Arbeitskreis neue Erziehung e.V. oder auch die freiwilligen Selbstkontrollen leisten bereits eine hervorragende Arbeit in dieser Stadt, um auch Eltern für das Thema Medienkompetenz zu sensibilisieren. Hier gilt es gute Informationsweitergabe zu verstetigen und z.B. durch mehrsprachige Angebote auszubauen. Die Verteilung von medienpädagogischem Material über KITAs und Schulen ist ein guter Weg, um möglichst flächendeckend die Berliner Eltern zu erreichen.

*Es wird in Berlin sehr viel Material verfasst, was aber bisher zu selten bei den Eltern ankommt. Künftig wird es eine wichtige Aufgabe sein, den Eltern eine Orientierungshilfe zu geben, passgenaue Angebote zu machen und in guter Zusammenarbeit mit den Mitarbeiter*innen von Bildungseinrichtungen individuelle Themenschwerpunkte zu vermitteln, um generationsübergreifend Medienkompetenz in dieser Stadt zu optimieren.*

Zudem hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Flyer zum Thema Kinder- und Jugendmedienschutz erarbeitet, der online zur Verfügung steht.

<http://www.gruene-fraktion-berlin.de/artikel/kinder-und-jugendmedienschutz-gr-n-gedacht>

Darin bieten wir Eltern und Erziehenden Tools und Tipps für einen sicheren Umgang mit Medien an.

*Denn wenn ein Kind das Internet und digitale Inhalte entdecken möchte, so sollte es dabei von seinen Eltern unterstützt werden, u.a. um gemeinsam ein Benutzerkonto und kindgerechte Nutzer*innenprofile anzulegen oder eine Jugendschutzsoftware zu installieren.*

Medienbildung in der Schule implementieren

Die Institution Schule steht in der Verantwortung, die digitalen Medien im Unterrichtsgeschehen zu integrieren. Mit der Einführung des neuen Rahmenlehrplans zum Schuljahr 2017/18 wird auch die Berücksichtigung des „Basiscurriculums Medienbildung“ verbindlich. Damit ist ausdrücklich mehr als die Vermittlungsoptimierung des Unterrichts durch Medien gemeint. Um die umfassenden Ziele der Medienkompetenzvermittlung auch tatsächlich in den Schulalltag zu implementieren, bedarf es konkret formulierter Ziele und Standards.

Wir fordern

In der zweiten Phase der Lehrer*innen- und Lehrerausbildung sowie in Fort- und Weiterbildungsangeboten ist Medienbildung in der Planung ab sofort schwerpunktmäßig zu berücksichtigen.

Das Unterstützungssystem für Schulen (BUSS) ist sowohl bezogen auf die schulinterne Umsetzung des Basiscurriculums Medienbildung als auch die fachliche Qualifizierung der schulischen Berater*innen und Berater weiter auszubauen.

Dabei sollte dieses Unterstützungssystem mit außerschulischer medienpädagogischer Expertise vernetzt werden. Hierfür sind Finanzierungsmodelle zu entwickeln, um der Forderung im Teil A der neuen Rahmenlehrpläne für die Klassenstufen 1 bis 10, „für die Gestaltung schulinterner Curricula die Anregungen und Kooperationsangebote externer Partner zu nutzen“, zu entsprechen.

Wir fragen

5. Welche Vorschläge haben Sie, um die Implementierung des Basiscurriculums im Alltag der Schulen sicher zu stellen? Welche Vorschläge haben Sie, um Lehrer*innen und Lehrer in der Umsetzung der fachintegrativen Medienbildung zu unterstützen? Welche Rolle spielen dabei aus Ihrer Sicht außerschulische Partner und wie könnte deren Rolle gestärkt werden?

Grundsätzlich ist es wichtig, ein abgestimmtes Gesamtkonzept zur digitalen Medienbildung zu haben und über die reinen Lernziele hinaus alle Bereiche (Technik, Didaktik, Lerninhalte, Lernumfeld) miteinander abzustimmen und zusammen zu denken. So muss die technische Ausstattung den Ansprüchen der Software genügen und umgekehrt – die Software sollte auf das Gerät abgestimmt sein. Zudem muss sich das pädagogische Personal im Umgang mit den Geräten sicher fühlen und möglichst von technischem Support befreit sein. Wichtig ist ein technisches Konzept, das diese Faktoren (Hardware, Software, Personal) zusammen denkt und ineinander verzahnt.

*Berlin braucht eine funktionsfähige, inhaltlich kontinuierlich bespielte Lernplattform, die Schüler*innen und Lehrkräften zur Verfügung steht. Lehrkräfte brauchen Zeit und Vernetzung, um fachspezifische Curricula für den Einsatz digitaler Medien zu entwickeln. Das Lehrpersonal und andere pädagogischen Kräfte im schulischen Bereich sollten über aktuelle medienpädagogische Kenntnisse und didaktische Fähigkeiten verfügen und souverän entscheiden können, welche Lerninhalte und Lernziele für welchen Einsatz digitaler Medien geeignet sind. Auch das außerschulische soziale Umfeld von Kindern und Jugendlichen hat Einfluss auf ihr Medienverhalten und ihre*

Fertigkeiten. Deshalb sind digitale Medienbildungsangebote auch außerhalb der Schule, z. B. in der Jugendarbeit, der Elternarbeit, der außerschulischen Bildung, im Internet und sozialen Netzwerken bei einem Gesamtkonzept der digitalen Medienbildung einzubeziehen.

Berlin verfügt über eine breite Trägerlandschaft der Medienbildung. In jedem Bezirk existiert ein Medienkompetenzzentrum. Tatsächlich sind außerschulische Medienbildungsträger konzeptionell oftmals weiter als viele Schulen, da sie qua Auftrag entsprechend spezialisiert sind. Ihr Knowhow wäre also auch für den schulischen Bereich nutzbar. In erster Linie sind sie allerdings für die außerschulische Bildung von Kindern, Jugendlichen und Eltern sowie anderer Bevölkerungsgruppen zuständig. Zudem ist ihre Arbeit durch den Wegfall von ESF- und EFRE-Fördermitteln in der neuen EU-Förderperiode dramatisch gefährdet. Hier bedarf es eines Ausgleichs, um die Erfüllung ihres Auftrags, aber auch ihren innovativen Einfluss nachhaltig zu sichern.

Diese Träger haben sich selbst in der Diskussion um das fachübergreifende Kompetenzfeld Medienbildung im Rahmen der neuen Rahmenlehrpläne als Partner angeboten. Ähnlich wie beim Thema kulturelle Bildung sollte Schule die Kooperation mit außerschulischen Bildungsträgern anbieten und deren Kompetenzen im Bereich digitaler Medien nutzen. Auch die Kooperation mit Unternehmen der digitalen Branche sollten kein Tabu sein. Hierzu sollten allerdings Empfehlungen entwickelt werden, um einer Kommerzialisierung der Schule und Abhängigkeiten insbesondere bezüglich Marktführern zum Vertrieb proprietärer Software vorzubeugen. Zur kontinuierlichen Vernetzung und Erarbeitung gemeinsamer Inhalte von schulischen und außerschulischen Angeboten auch unter Einbeziehung von Schüler*innen und Eltern sollte endlich der lange geforderte Runde Tisch Medienbildung unter Federführung des Senats einberufen werden und regelmäßig tagen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern:

- Ein abgestimmtes Gesamtkonzept zur digitalen Medienbildung bezüglich Technik, Didaktik, Lerninhalte, Lernumfeld;
- die Schaffung einer funktionstüchtigen, sicheren digitalen Lernplattform mit qualitativ hochwertigen, offenen und frei verwendbaren Inhalten (Open Educational Resources) unter Einbeziehung moderner pädagogischer und fachdidaktischer Konzepte, die barrierefrei zugänglich und leicht bedienbar sein soll;
- den kontinuierlichen fachlich-didaktischen Austausch von Lehrkräften zum Einsatz digitaler Medien;
- den Ausbau der Kooperation zwischen Berlin und Brandenburg im Rahmen des Landesinstituts für Schule und Medien Berlin Brandenburg (LISUM) und des Bildungsservers Berlin Brandenburg auf Basis des neuen gemeinsamen Rahmenlehrplans zur fächerübergreifenden Kompetenzentwicklung im Bereich Medienbildung;
- die Absicherung der vielfältigen außerschulischen Trägerlandschaft der Medienbildung auch als Partner von Schule und Kita;
- die regelmäßige Einberufung eines Runden Tisches Medienbildung unter Leitung des Senats.

6. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die erforderliche Medienausstattung in allen Schulen sowie den technischen Support und die technisch-didaktisch und medienpädagogisch sinnvolle Anwendung sicherzustellen?

Wichtig ist, dass die IT-Infrastruktur in den Schulen sicher und verlässlich ist. Technische Geräte müssen leicht zu bedienen sein und immer zur Verfügung stehen, ist dies nicht der Fall, sinkt die Akzeptanz des Einsatzes digitaler Medien bei Lehrer*innen und Schüler*innen. Dazu gehört auch, dass ein ausreichender technischer Support für die Geräte gegeben ist, der zumindest dem Support in der Berliner Verwaltung entspricht und dass verlässliche Jugendschutzprogramme installiert sind.

Die Wartung der IT-Infrastruktur ist in die Hände von Unternehmen oder speziellen Angestellten zu legen, nicht in die Hände des pädagogischen Personals, schon gar nicht ehrenamtlich oder „nebenbei“. Was wir brauchen sind IT-Manager*innen für die Schulen. Der Einsatz von Technik ist bei baulichen Veränderungen oder Schulneubauten immer von Anfang an mit zu berücksichtigen.

Eine pragmatische Lösung kann der Ansatz „Bring Your Own Devices“ (BYOD) sein. Hierbei bringen die Schüler*innen ihre außerschulisch benutzten mobilen Endgeräte in die Schule. Für Eltern, die sich eine solche Anschaffung finanziell nicht leisten können, sollten die Schulen einen Grundstock an Geräten vorhalten (auch wichtig bei länger andauernden Ausfällen durch Reparaturen etc.). Generell gilt, dass die Schulen den Eltern die Anschaffung bestimmter Geräte empfehlen sollten, um so gewisse Standards zu setzen (analog wie es bereits bei Taschenrechnern etc. passiert). Für eine erfolgreiche Implementation von BYOD ist zudem ein verlässliches W-LAN in Schulen erforderlich. Alternativ oder ergänzend könnte geprüft werden, inwieweit private Telekommunikationsunternehmen bereit sind, eine Bildungsflatcharge während der üblichen Unterrichtszeiten anzubieten. BYOD setzt ein IT-Sicherheitskonzept voraus, denn die Geräte sind privat nicht einheitlich gesichert und könnten Schadsoftware enthalten und verbreiten. Auch sollte sichergestellt sein, dass die Schüler*innen nicht Zugriff auf die privaten Dateien ihrer Mitschüler*innen erhalten. Gemeinsames Lernen könnte auf sicheren Lernplattformen stattfinden. In Hamburg wird gerade in einem Modellprojekt BYOD an sechs Schulen erprobt. Ein solches Modellprojekt ist für Berlin überfällig.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern:

- die Bestandsaufnahme und eine Zielstellung zur technischen Ausstattung der Schulen bezüglich der Quantität und Qualität für den IT-medienpädagogischen Bereich und zum technischen Support der IT-Endgeräte in Zusammenarbeit mit den Bezirken;
- eine Zielstellung wie und bis wann allen Berliner Schulen ein leistungsfähiger Breitbandanschluss und ein freies WLAN zur Verfügung stehen soll;
- die Erarbeitung von Empfehlungen zum Umgang mit privaten digitalen Geräten (BYOD) im Rahmen der Schule;

Außerschulische Medienbildung strukturell verankern

Neben der Förderung von Medienkompetenz durch handlungsorientierte Medienprojekte stellen heute die fachlich-inhaltliche Unterstützung von Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit sowie die Einbeziehung der Eltern weitere wichtige Schwerpunkte der Arbeit der Berliner Medieneinrichtungen dar. Die sich schnell entwickelnden Medientechnologien und neuen Netzdienste bedeuten laufend neue Herausforderungen und zeigen sich im gestiegenen Beratungsbedarf sowohl bei Eltern als auch Pädagog*innen und Pädagogen.

Der zunehmenden Bedeutung von Medienbildung steht in Berlin keine adäquate finanzielle und personelle Ausstattung der Medieneinrichtungen gegenüber. Die 5.000 Euro jährlich, die die bezirklichen Medienkompetenzzentren aus dem Programm Jugendnetz-Berlin erhalten, sind hier zu wenig. Programmmittel für landesweite Projekte wurden 2015 komplett gestrichen.

Wir fordern

den Ausbau der Förderung der Medienkompetenzzentren und Medieneinrichtungen und die nachhaltige strukturelle Verankerung von Medienkompetenzförderung in den Bezirken. Eine Aufnahme ins Schulgesetz als außerschulischer Lernort entsprechend den Jugendkunstschulen schafft hier Verbindlichkeit. Wir regen zudem an, AGs zum Thema Medienbildung nach §78 in allen Bezirken zu gründen. Außerdem ist Medienbildung - bezogen auf das Berliner Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes - über die Ausführungen des § 15, Satz 2 hinaus grundsätzlich als Erziehungs- und Bildungsauftrag zu beschreiben.

Der fachliche Austausch zwischen den Einrichtungen der Medienbildung landesweit ist wichtig für die Qualität der medienpädagogischen Arbeit vor Ort. Dazu ist die Förderung von Fachtagungen, Praxistagen und Werkstätten ebenso notwendig wie die Bereitstellung von Mitteln für vernetzte berlinweite Kooperationsprojekte.

Gerade bildungsferne Zielgruppen benötigen die persönliche Ansprache vor Ort in ihrem direkten Umfeld. Mittel für mediengestützte Kinder- und Jugendbeteiligung müssen verstärkt in Beteiligungsprojekte vor Ort integriert werden und entsprechende Projekte finanziell und strukturell gefördert werden.

Wir fragen

7. Welche Maßnahmen streben Sie an, um die bestehenden Förderprogramme zur Verankerung von Medienbildung in der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit auszubauen?
8. Was sollte seitens der Landesebene getan werden, um Einrichtungen der Jugend-, Familien- und Elternbildung bei Angeboten zur Medienkompetenzförderung gezielt zu unterstützen?
9. Welche Vorschläge haben Sie, um den fachlichen Austausch zwischen Medienbildungseinrichtungen zu intensivieren?
10. Welche Vorschläge haben Sie für eine nachhaltige Verankerung mediengestützter Projekte zur Kinder- und Jugendbeteiligung auf bezirklicher Ebene?

Zu 7. -10.

Wir begrüßen den Vorschlag, Medienkompetenzzentren analog zu den Musikschulen, Volkshochschulen, Jugendkunstschulen und Gartenarbeitsschulen als außerschulische Lernorte in das Landesschulgesetz aufzunehmen und entsprechend finanziell abzusichern. Dies ist um so mehr erforderlich, als in den letzten Jahren EU-Fördermittel weggebrochen sind und keine adäquate Förderung über den Landeshaushalt sichergestellt werden konnte. Hier wollen wir den Trägern eine notwendige Planungssicherheit zurückgeben.

Wir schätzen die Angebote der Medienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb), die allerdings im Rahmen ihrer Möglichkeiten nicht mehr als ein Impulsgeber sein kann. Diese Impulse gilt es von anderen Bildungseinrichtungen aufzunehmen. Wir haben den Eindruck, im Vergleich zur Kooperation zwischen Brandenburg und der mabb hat Berlin

da noch Luft nach oben.

Lernorte für Medienkompetenz sind aber auch Bibliotheken. Wir fordern einen neuen Bibliotheksentwicklungsplan, um insbesondere die bezirkliche Bibliothekslandschaft zu sichern und das Angebot den zeitgemäßen Erfordernissen anzupassen, insbesondere die Ausstattung mit digitalen Medien und damit verbundene Angebote betreffend. Zu Beginn der ablaufenden Legislaturperiode hatten Träger und Akteur*innen der Medienbildung zu Runden Tischen eingeladen. Die Forderung an den Senat, dieses Forum zu verstetigen unter Leitung und mit Unterstützung durch den Senat wurde von diesem strikt abgelehnt. Wir dagegen unterstützen die Forderung nach einer Einrichtung eines Runden Tisches Medienbildung. Wir erhoffen uns durch die Zusammensetzung der Teilnehmer*innen konkrete Verbesserungsvorschläge zur Verankerung von Medienbildung in der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit, die es dann auf Landes- wie auch auf bezirklicher Ebene in die Praxis umzusetzen gilt.

Zugang zu Bildung öffnen und Open Educational Resources fördern

In den letzten Jahren hält das Thema Open Educational Resources (OER) immer mehr Einzug in die deutschsprachige Bildungslandschaft und -politik. Besonders im Zusammenhang mit digitalen Medien und rechtlichen Aspekten in digitalen Umgebungen entstehen oft Unsicherheiten und neue Herausforderungen bei Lehrenden und Lernenden. Open Educational Resources können hierfür konkrete Lösungen sein, da das Kopieren, Verändern und Weitergeben explizit erlaubt wird. Dabei geht es bei OER um das Schaffen von Zugängen zu Bildung und freien Bildungsressourcen für alle Menschen.

Wir fordern

Bildungsressourcen, die mit öffentlichen Geldern bereits finanziert werden, offen zu lizenzieren. Lehrende und Lernende müssen bei ihrem Vorhaben, Open Educational Resources zu nutzen und selbst zur Verfügung zu stellen von der Politik und Verwaltung unterstützt werden. Wir fordern, das Thema OER auf allen Ebenen der Aus-, Fort- und Weiterbildung verpflichtend zu integrieren.

Wir fragen

11. Welches Verständnis hat Ihre Partei von offener Bildung und Open Educational Resources?

*Offene Bildung ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein wichtiger Bestandteil, um den Zugang zu Bildung für alle Menschen in Zukunft zu sichern. Die Ausweitung von Open Educational Resources (OER) kann eine Hürde beim Zugang zu Bildung abbauen. Allerdings müssen für die Nutzung von OER bereits viele Kompetenzen und Ressourcen bei den Nutzer*innen vorhanden sein – wie ein Zugang zum Internet, und technische wie persönliche Kompetenzen im Umgang mit Technik aber auch in Bezug auf die persönliche Lernbiografie. Deshalb sind OER eine wertvolle Ergänzung klassischer Angebote der Bildung, können diese aber nicht ersetzen.*

12. Welche Vorschläge haben Sie, um Lehrende und Lernende beim Einsatz von OER zu unterstützen und das Thema OER bekannter zu machen?

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN müssen eine attraktive, einheitliche Lernplattform und die Förderung von Open Educational Resources Bestandteile eines Gesamtkonzeptes für digitale Bildung sein. Wir plädieren für den vermehrten Einsatz und die Nutzung von Open Educational Resources (OER). Mit der Lizenzierung auf Basis von Creative Commons werden Lehrkräfte von der Angst entlastet, Urheberrechte zu überschreiten. Gerade hinsichtlich der Umsetzung der neuen Rahmenlehrpläne für Berlin und Brandenburg böte sich hier eine Chance zur einer kooperativen Erstellung und Entwicklung neuer digitaler Lehr- und Lernmaterialien unter Einsatz von OER. Die Entwicklung und Bereitstellung geeigneter Unterrichtsmaterialien verursacht zunächst Kosten, diese amortisieren sich aber langfristig durch den geringeren Verschleiß und die Möglichkeit der zeitnahen Aktualisierung und Ergänzung im Vorteil gegenüber Medien wie Büchern oder Kopiervorlagen. Durch den Einsatz von Open Educational Resources können Lizenzkosten gesenkt und die Unterrichtsmaterialien aktueller gehalten werden. Die vom Senat auf 2016 beschränkte Summe zur Förderung von OER ist zwar ein Einstieg, reicht aber nicht aus. Wir plädieren für eine kontinuierliche Unterstützung, um einen nachhaltigen Entwicklungsprozess in Gang zu setzen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern:

- verstärkte Nutzung von Open Educational Resources, um Urheberrechtsverstöße zu vermeiden;
- eine funktionstüchtige, sichere digitale Lernplattform mit qualitativ hochwertigen Inhalten in Hinblick auf pädagogische und fachdidaktische Konzepte, leichte, barrierefreie und intuitive Bedienbarkeit sowie Verzahnung von

analogen und digitalen Medien unter verstärkter Einbeziehung von Open Educational Resources.

13. Sollen Bildungsressourcen, die aus öffentlichen Mitteln finanziert wurden, allen Bürger*innen und Bürgern frei zugänglich gemacht werden?

Wir fordern für Universitäten und Forschungseinrichtungen das Open Access-Prinzip anzuwenden und öffentlich finanzierte Studien und Forschungsergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Prinzipiell fordern wir ein Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz nach Hamburger Vorbild, um öffentliche Daten, unter der Wahrung datenschutzrechtlicher Prinzipien maschinenlesbar, barrierefrei und öffentlich zugänglich zu machen.

Partizipation in der Mediengesellschaft stärken

Freie Medien für mündige Bürger*innen und Bürger gehören zur Demokratie. Nur über beteiligende Formen von Bürgermedienarbeit in Schule und außerschulischer Bildung wie in etablierten Medien mit offenen Formen journalistischer Arbeit und in neuen Formen von eDemocracy und netzdemokratischer Diskussionskultur kann eine echte Beteiligungsstruktur in Berlin vorangetrieben werden. Politische Beteiligung über Bürgermedien und ePartizipation sind entscheidende Bausteine der Demokratie. Berlin aber hat als einziges Bundesland gemeinsam mit Brandenburg Bürgerrundfunk noch nicht im Medienstaatsvertrag beider Länder reguliert.

Wir fordern

die verstärkte Förderung mediengestützten bürgerschaftlichen Engagements, bei der der komplementäre Aspekt der Medienkompetenzförderung im Rahmen eines Regulierungsverfahrens für Bürgermedien mit berücksichtigt wird.

Wir fragen

14. Was wollen Sie tun, um eine partizipative Medienbildung und Medienkompetenzförderung quer durch alle Altersstufen und Medien materiell und strukturell zu unterstützen?

*Wir unterstützen die Forderung nach einer Einrichtung eines Runden Tisches Medienbildung. Die Zusammensetzung der Teilnehmer*innen soll gewährleisten, dass Umsetzungsvorschläge von Themen wie partizipative Medienbildung durch die Expertise der Teilnehmer*innen erarbeitet und anschließend realisiert werden. Medienbildung ist für uns Grüne eine Aufgabe, die alle Generationen betrifft. Angebote sollten auf die Altersstufen hin zugeschnitten sein und mit den entsprechenden Bildungseinrichtungen eng abgestimmt werden. Dabei müssen die großen Chancen wie die Risiken beim Umgang mit Medien, insbesondere der Digitalen Medien vermittelt werden. Dazu gehört auch der souveräne Umgang mit sozialen Netzwerken, der Schutz vor Cybermobbing und Gewalt im Netz, insbesondere gegenüber Frauen und Mädchen.*

15. Bürgerjournalismus in freien Radios oder Offenen Kanälen und Netzjournalismus machen Berlin bekannt. Wie wollen Sie die hier zumeist ehrenamtlich engagierten Bürgerjournalist*innen fördern?

*Über die Medienanstalt Berlin Brandenburg besteht die Möglichkeit, Bürger*innenjournalismus zu fördern. Dies ist eine wichtige Aufgabe, die es auch in Zukunft wahrzunehmen gilt. Wir schätzen die Medienbildungsarbeit der mabb mit ihren Förderprogrammen zur Medienkompetenz, Medienausbildung und Medieninnovation. Mit ALEX Offener Kanal Berlin und der nichtkommerziellen Hörfunkfrequenzen 88,4 MHz wurde ein gutes Modell etabliert, über das die Berliner*innen unter fachlicher Anleitung als Medienmacher*innen agieren können. Diese durch Vielseitigkeit geprägten Formate, die bundesweit einmalig sind, wollen wir auch in Zukunft unterstützen.*

16. Wie stellt sich Ihre Partei die Förderung der Mitsprache von Zugewanderten und Neubürger*innen und -bürgern in Medien und Öffentlichkeit vor? Und welche Mittel stellen Sie für interkulturelle Medienkompetenzarbeit bereit?

*Wir unterstützen Mehrsprachigkeit und mehrsprachige Medien. Das ist eine Querschnittsaufgabe, nicht nur in der Medienpolitik. Wir brauchen einen Mentalitätswechsel, um generell Menschen, für die Deutsch Zweit- oder Drittsprache ist, in Arbeit und Ausbildung weniger zu blockieren. Wer keine muttersprachliche Kompetenz im Deutschen hat, darf nicht in seiner/ihrer gesamten Kompetenz abgewertet werden. Wir bedauern den Verlust von Radio Multikulti wegen der muttersprachlichen Sendungen und als Talentschmiede für mehrsprachige Journalist*innen.*

Wir fordern Mittel für die Bereitstellung von muttersprachlichen Medien sowie Lehr-Materialien zum Deutschlernen.

In allen Medien sollte sich die Diversität der deutschen Gesellschaft abzeichnen. Dazu können

Antidiskriminierungsgesetze und Diversity-Maßnahmen mit beitragen.

17. Was schlägt Ihre Partei konkret vor, um die Potentiale analoger und digitaler Medien im Bereich der Inklusion und Chancengleichheit zu fördern?

In der Medienbildungsarbeit sollten gezielte Angebote vorgehalten werden, die Inklusion fördern. Dazu gehört z.B. auch Informationsmaterial in leichter Sprache. Bei der Entwicklung und Anwendung von digitalen Lehr- und Lernangeboten müssen der Inklusionsansatz und die Barrierefreiheit berücksichtigt werden. Digitales Lernen darf die Ziele der Inklusion nicht unterlaufen, sondern sollte sie befördern. Wenn bereits von den Herstellern Barrierefreiheit bei der Softwareentwicklung berücksichtigt wird, und Lehrkräfte im Umgang damit entsprechend aus- und fortgebildet sind, kann der Einsatz von digitalen Medien für die individuelle Förderung gerade von Kindern und Jugendlichen mit unterschiedlichen Fähigkeiten hilfreich sein. Zudem setzen wir uns für den weiteren barrierefreien Ausbau medialer Angebote der Senatsverwaltungen sowie von Berlin.de ein.

*IT-Dienstleistungen sind zukunftssträftig, ihr Anteil am Arbeitsmarkt wächst stetig und ebenso der Fachkräftemangel. Laut Studien nutzen Mädchen das Internet genauso intensiv wie Jungen, sie sollten auch im gleichen Maße zu Gestalter*innen des Mediums werden. Bisher ist die IT-Dienstleistungsbranche aber vor allem von (jungen) Männern dominiert. Trotz enormer Steigerung der Zahl der weiblichen Informatikstudent*innen ist nur ein Viertel der Informatik-Studierenden in Deutschland weiblich. Dies muss durch eine gezielte Ansprache und Förderung von Mädchen und Frauen bereits in der Schule und im außerschulischen Bereich geändert werden.*

Wir unterstützen die Forderung, dass die Teilhabe von Menschen mit Behinderung am öffentlich rechtlichen Rundfunk gesichert sein muss. Entsprechend haben die Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der vergangenen Legislaturperiode im Medienausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses immer wieder für eine Öffnung des RBB hinsichtlich mehr barrierefreier Formate eingesetzt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wünschen sich für einen Fortschritt bei der Teilnahme von Menschen mit Behinderung am öffentlich rechtlichen Rundfunk durchaus mehr Expertise von Fachpersonen.

Mit Stefan Gelbhaar haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein versiertes Mitglied im Rundfunkrat; er versteht es durchaus als seine Aufgabe, sich für die Belange von Menschen mit Behinderung in den Medien einzusetzen und deren Interessen zu vertreten. Für Anregungen aus den Fachverbänden werden die Grünen auch in Zukunft hinsichtlich medienpolitischer Fragen offen sein.

Medienbildungsakteure vernetzen

Medienbildung und Medienkompetenz benötigen Kinder, Jugendliche und auch erwachsene Menschen gleichermaßen. Ein Austausch der verschiedenen Akteure – Vertreter*innen und Vertreter von Politik und Verwaltung, Forschung und Lehre, pädagogischer Praxis in- und außerhalb von Schule, der Medienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb) und weiterer zivilgesellschaftlicher Partner – ist daher dringend geboten.

Wir fordern

das Land Berlin auf, mit der mabb in Verhandlungen zu treten, um ein Berliner Aktionsbündnis Medienbildung unter Einbeziehung aller medienbildungsrelevanten Träger und Initiativen zu schaffen. Diese Instanz entwickelt ein ganzheitliches Landeskonzept zur Stärkung der Medienkompetenz, organisiert den regelmäßigen Fachaustausch, koordiniert und fördert die verstärkte Kooperation von Schule und außerschulischer medienpädagogischer Expertise, würdigt besondere Leistungen medienpädagogischer Akteure, macht den Steuerungsprozess transparent, führt ein Monitoring über die Umsetzung der in der Konzeption zu beschreibenden Maßnahmenbündel und berichtet einmal jährlich über die Fortschritte bei der Umsetzung der Landeskonzeption im Rahmen einer Fachtagung.

Wir fragen

18. Welche Vorschläge haben Sie, um einen nachhaltigen Austausch aller im Bereich Medienpädagogik und Medienbildung tätigen Organisationen zu ermöglichen?

19. Wie stehen Sie zur Initiierung eines Berliner Aktionsbündnisses für Medienbildung?

20. Wie stehen Sie zu der Überlegung, der mabb im Zuge einer Neuregulierung der Medienkompetenz-Förderpolitik im Medienstaatsvertrag der Länder Berlin und Brandenburg mehr Handlungsspielräume zu verschaffen, um stärker strukturbildende Maßnahmen zu unterstützen?

Wir unterstützen diese Idee ausdrücklich. Der medienpolitische Sprecher der Fraktion Bündnis/Die Grünen hat dies bei der betreffenden Beratung im Fachausschuss des Abgeordnetenhauses bereits deutlich gemacht und wir sind bereit, den Medienstaatsvertrag diesbezüglich zu prüfen und ggf. zu erweitern.

*Eine solche Strategie entspricht der oben mehrfach benannte Forderung nach einem Runden Tisch Medienbildung, unter starker Mitverantwortung des Senats. Viele der in diesem Fragenkatalog aufgeworfenen Themen stehen in stetigem Wandel entsprechend der technischen Fortschritte und gesellschaftlichen Entwicklungen. Es ist daher dringend geboten, dass gerade in Berlin mit seiner prosperierenden IT-Branche und einer Vielzahl von Medienakteur*innen ein Austausch unter Fachleuten, Bildungsträgern, Pädagog*innen und Gremienvertreter*innen stattfindet, um die Medienbildung, insbesondere die Bildung mit digitalen Medien, zukunftsgerecht weiterzuentwickeln.*

Stand: 13. Juni 2016